



N i e d e r s c h r i f t

Petitionsausschuss

19. Wahlperiode - 61. Sitzung

am Dienstag, den 16.06.2020 um 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Abg. Peer Knöfler (CDU)

Abg. Volker Nielsen (CDU)

Abg. Heiner Rickers (CDU)

Abg. Bernd Heinemann (SPD)

Abg. Tobias von Pein (SPD)

Abg. Özlem Ünsal (SPD)

Abg. Stefan Weber (SPD)

Abg. Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Jörg Hansen (FDP)

Abg. Dr. Frank Brodehl (AFD)

Abg. Jette Waldinger-Thiering (SSW)

stellvertretende Vorsitzende

Weitere Abgeordnete

Fehlende Abgeordnete

Hauke Göttsch (CDU)

Landtagsverwaltung

Michaela Becker (Geschäftsführerin)

Andrea Pelz

Dr. Sebastian Galka (Protokollführer)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigter Punkt der Tagesordnung :

Anhörung zur Petition L2119-19/1065

Bildungswesen; Verlegung von Klassen der Berufsschule Pinneberg

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Ünsal, eröffnet die Sitzung um 11:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung einstimmig gebilligt.

Einzigiger Punkt der Tagesordnung:

Anhörung zur Petition L2119-19/1065

Bildungswesen; Verlegung von Klassen der Berufsschule Pinneberg

Die Petentin, Frau Kornmilch, bedankt sich einleitend für die Möglichkeit, das Anliegen der tiermedizinischen Fachangestellten aus Schleswig-Holstein vorzubringen. Sie sei Auszubildende zur tiermedizinischen Fachangestellten im ersten Lehrjahr und besuche derzeit die Berufsschule in Pinneberg. Sie stehe stellvertretend für die derzeitigen und zukünftigen Unterstufen der Berufsschule Pinneberg vor dem Ausschuss. Die Schülerinnen und Schüler der Unterstufe setzten sich bereits seit Jahren dafür ein, dass auch die Mittel- und Oberstufe an der Berufsschule Pinneberg unterrichtet werden dürften, sodass die Schülerinnen und Schüler nicht dem Wechsel an die Berufsschule Neumünster ausgesetzt wären.

Die Beschulung der Unter-, Mittel- und Oberstufe an der Berufsschule Pinneberg, so Frau Kornmilch, entspreche dem Inhalt des Koalitionsvertrages der derzeitigen Landesregierung, in dem festgelegt sei, dass ein flächendeckendes Angebot an Berufsschulen gewährleistet werden solle. Ein ausschließliches Angebot im zweiten und dritten Lehrjahr an der Elly-Heuss-Knapp-Schule in Neumünster entspreche nicht dieser Zielsetzung. Der Wechsel nach Neumünster bedeute für die Auszubildenden einen erheblichen zeitlichen und finanziellen Aufwand. Um rechtzeitig zum Unterrichtsbeginn um 8:00 Uhr in Neumünster anwesend zu sein, müsse sie bei einer Fahrzeit von 1:33 Stunden um 5:27 Uhr ihre Fahrt antreten. Somit betrage die tägliche Fahrzeit 3 Stunden. Einige ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler müssten im Anschluss an den Schultag noch ihre Ausbildungspraxen aufsuchen. Gerade in ländlichen Gebieten sei es durchaus üblich, dass Tierarztpraxen nur eine Auszubildende beziehungsweise einen Auszubildenden als Angestellten hätten, sodass die Anwesenheit für den Praxisbetrieb auch an Berufsschultagen unabdingbar sei. Die Fahrzeit zur Berufsschule werde als Arbeitszeit angerechnet, sodass diese Zeit für die Ausbildung in der Tierarztpraxis fehle.

In ihrem persönlichen Fall würden durch die Fahrt nach Neumünster monatliche Fahrtkosten in Höhe von 136,80 Euro entstehen. Das ihr gegenüber vom Ministerium vorgebrachte Argument, die jüngste Gehaltserhöhung für die entstehenden Fahrtkosten zu verwenden, gehe angesichts des Erhöhungsbetrages (60 Euro brutto) fehl. Zudem würden nicht alle ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler nach Tarif bezahlt. Die durchschnittlichen Kosten pro Schüler und Berufsschultag für die Fahrt nach Neumünster seien 26,55 Euro.

Zudem, so Frau Kornmilch, sei zu bedenken, dass die Struktur der Berufsschul Ausbildung attraktiv sein müsse, um angehende Auszubildende dazu zu bewegen, insbesondere im ländlichen Raum Schleswig-Holsteins eine Ausbildung zu beginnen.

Die Berufsschule Pinneberg sei der zweitgrößte Standort für medizinische Gesundheitsberufe im Lande. Seit 2014 gebe es dort ein hochwertiges tiermedizinisches Labor; insgesamt sei die technische Ausstattung der Schule ausgezeichnet. Das Bildungsministerium habe ihr gegenüber kein überzeugendes Argument für die Verlagerung nach Neumünster angegeben. Offenbar sei die Strukturentscheidung zu Gunsten Neumünster noch vor dem Hintergrund der vor 2014 schlechter ausgestatteten Berufsschule in Pinneberg getroffen worden. Zudem bestehe in Pinneberg die Bereitschaft des Schulträgers, die Anschaffung eines Röntgengeräts zu finanzieren, sodass die Schule fachlich und materiell besser als die Elly-Heuss-Knapp-Schule Neumünster ausgestattet wäre. Auch die Lehrkräfte seien an beiden Schulen gleich qualifiziert.

Zusammenfassend, so Frau Kornmilch, spreche nichts dagegen, auch die Mittel- und Oberstufe in Pinneberg zu unterrichten, um dem politischen Willen der regierungstragenden Parteien zu entsprechen.

Herr Kraft, Leiter der Abteilung „Schulgestaltung und Schulaufsicht allgemein- und berufsbildende Schulen, Förderzentren, Qualitätssicherung“ des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, dankt einleitend der Petentin für die Petition, die die Aufmerksamkeit auf die Belastungen richte, die mit einer Ausbildung für die Auszubildenden häufig verbunden seien. Das Bildungsministerium nehme diese Belastungen durchaus wahr. Insgesamt gebe es 99 Berufsschulen, um die Ausbildung in allen Ausbildungsberufen unabhängig von der Zahl der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen. Je weniger Auszubildende es in einem Ausbildungsberuf gebe, desto schwieriger sei es, Klassen an mehreren Standorten anzubieten. Das Land sei daher gezwungen, Konzentrationen an einzelnen Standorten vorzunehmen, um eine fachlich hoch qualifizierte Ausbildung sicherzustellen. Um die Belastungen für die Auszubildenden so gering wie möglich zu halten, würden für diese Landesberufsschulen gut erreichbare Standorte gewählt, wobei gleichzeitig auch eine gleichmäßige Verteilung im Land erreicht werden solle. Es handele sich somit um eine Abwägungsentscheidung der Belastungen für die Auszubildenden einerseits und der Qualitätssicherung der Ausbildung andererseits, so Herr Kraft.

Er gebe zu, dass die von Frau Kornmilch geschilderte individuelle Belastung zeitlicher und finanzieller Art eine Herausforderung darstellen müsse. Zudem sei aber zu bedenken, dass bei der Errichtung eines zweiten Ausbildungsstandortes in Pinneberg auch entsprechende Wünsche aus anderen Teilen des Landes geäußert werden würden. Er gebe zu bedenken, dass von Studentinnen und Studenten regelmäßig ein hoher persönlicher Einsatz im Rahmen ihrer Ausbildung erwartet werde, ohne dass hier überhaupt eine Vergütung gezahlt werde. Die Bereitstellung von Semestertickets sei hier nur eine teilweise Kompensation.

Er bedauere, dass bei Frau Kornmilch der Eindruck entstanden sei, das Ministerium gehe nicht ernsthaft mit den Sorgen und Anliegen der Auszubildenden um. In der Tat habe das Ministerium eine umfangreiche Anhörung mit Vertretern beider Schulen sowie der Schulträger organisiert.

Zusammenfassend, so Herr Kraft, wolle die Landesregierung an der bestehenden Struktur der Landesberufsschulen an jeweils einem Standort festhalten.

Herr Leppin, Leiter der Elly-Heuss-Knapp-Schule Neumünster, ergänzt, Schleswig-Holstein habe sich bewusst entschieden, eine Flächenstruktur der beruflichen Ausbildung zu schaffen, um den Bedarf in der Fläche des Landes abzudecken. In bestimmten Bereichen - hierzu gehöre die Ausbildung zur tiermedizinischen Fachangestellten - seien Bezirksfachklassen geschaffen worden. Diese Bezirksfachklassen gebe es in Lübeck, Pinneberg und Neumünster und ab dem zweiten Berufsbildungsjahr dann an der Landesberufsschule an seiner Schule in Neumünster. Diese Zusammenlegung sei Resultat der Schülerzahlen, die in den einzelnen Landesteilen jeweils nicht ausreichend wären. Für Neumünster als entsprechenden Standort spreche die gute Erreichbarkeit aus großen Teilen des Landes.

Aufgrund der leicht steigenden Schülerzahlen im Bereich der Ausbildung zur tiermedizinischen Fachangestellten habe der Schulträger seiner Schule Investitionen zugesichert, unter anderem einen Neubau am Standort Bachstraße mit einem Investitionsvolumen von 4,6 Millionen Euro. Hierdurch werde sowohl die räumliche wie auch die labortechnische Situation verbessert. Die Lehrkräfte seien bereits durchweg hervorragend qualifiziert für die Ausbildung, der Lehrkörper bestehe einerseits aus studierten Lehrerinnen und Lehrern und andererseits aus Tierärztinnen und -ärzten im Quereinstieg. Abschließend wolle er auf die großen Synergieeffekte hinweisen, die aus der Ansiedlung verschiedener, verwandter Ausbildungsberufe an der Elly-Heuss-Knapp-Schule zu erzielen seien.

Auf eine Frage der Abg. Waldinger-Thiering antwortet Frau Kornmilch, nach ihrer Kenntnis arbeiteten ungefähr ein Drittel der Auszubildenden an Berufsschultagen im Anschluss noch in ihren Ausbildungspraxen, insbesondere in ländlichen Praxen. - Herr Leppin verweist diesbezüglich auf die gesetzliche Regelung, die es den Arbeitgebern verbiete, die Auszubildenden an Berufsschultagen für die Arbeit im Betrieb beziehungsweise in der Praxis heranzuziehen. Er sei sich bewusst, dass dies in der Praxis dennoch ab und zu stattfinde, die angegebene Quote von einem Drittel halte er jedoch für nicht tragbar. - Frau Kornmilch erwidert, dass die beiden Berufsschultage mit sieben beziehungsweise acht Stunden gerechnet würden. Bei einer täglichen Praxenöffnungszeit von häufig nur vier bis sechs Stunden sei es den Auszubildenden nicht möglich, an den verbliebenden drei Tagen die Wochenarbeitszeit zu erreichen. - Herr Kraft ergänzt, es sei in der Tat so, dass Schultage keine Arbeitstage in der Praxis sein dürften.

Abg. Waldinger-Thiering fragt, wie viele Berufsausbildungsgänge im Lande an getrennten Berufsschulstandorten im ersten beziehungsweise im zweiten und dritten Lehrjahr unterrichtet würden. - Herr Kraft sichert zu, die Antwort nachzureichen.

Auf eine Frage der Abg. Waldinger-Thiering zu den möglichen Entlastungen eines Azubi-Tickets gibt Frau Kornmilch an, dass viele Auszubildende bereits aufgrund ihres Wohnsitzes in Hamburg über ein entsprechendes HVV-Ticket verfügten, sodass der Nutzen eines ergänzenden Tickets unklar bleibe.

Abg. Heinemann fragt nach den Schülerzahlen an den verschiedenen Standorten. - Herr Leppin berichtet, im zweiten Lehrjahr gebe es 90 Schülerinnen und Schüler, im dritten Lehrjahr seien es 110, sodass der Unterricht vierzünftig stattfinde. - Frau Kornmilch berichtet, ihre Klasse in Pinneberg sei zu Beginn des Schuljahres mit 28 Schülerinnen und Schülern gestartet, derzeit betrage die Klassenstärke 21.

Abg. Heinemann regt eine Entlastung der Situation durch Kursangebote an, sodass einige Kurse in Pinneberg, Spezialangebote hingegen in Neumünster vorgehalten werden könnten. - Herr Kraft gibt zu bedenken, dass bei einer entsprechenden Öffnung der Schule Pinneberg für das zweite und dritte Lehrjahr auch aus anderen Landesteilen, insbesondere aus Lübeck und Flensburg, entsprechende Wünsche geäußert werden würden. Als Konsequenz wäre der Standort Neumünster in der derzeitigen Form nicht zu halten.

Herr Leppin berichtet, es gebe im vierzügigen System eine sogenannte Abiturienten-Turbo-Klasse, die die Ausbildung in verkürzter Zeit durchlaufe. Dies gehe zurück auf einen entsprechenden Wunsch der Arbeitgeber. - Auf eine Nachfrage von Frau Kornmilch stellt Herr Leppin klar, dieses System gebe es nur im zweiten und dritten, jedoch nicht im ersten Lehrjahr.

Abg. Waldinger-Thiering unterstreicht, das Land dürfe es sich nicht leisten, befähigte Interessenten an Hamburg zu verlieren. - Abg. von Pein stimmt ihr zu. Er könne zwar alle Seiten verstehen, habe jedoch insgesamt den Eindruck, dass in Kiel die speziellen Problemlagen im Hamburger Rand nur ungenügend wahrgenommen würden. Wenn die Ausbildung in Schleswig-Holstein nicht hinreichend attraktiv sei, bestehe die Gefahr der Abwanderung nach Hamburg. - Herr Kraft entgegnet, insbesondere im Bereich der tiermedizinischen Fachangestellten sei Schleswig-Holstein sehr gut aufgestellt und angesichts einer Vielzahl von Bedarfsträgern ein Vorzeigeland mit entsprechender Ausstrahlungswirkung nach Hamburg.

Abg. von Pein regt an, pragmatische Lösungen zu finden, um die Belastung für die Auszubildenden möglichst gering zu halten. - Herr Kraft stimmt ihm zu. Seiner Auffassung nach sei es insbesondere auf schulorganisatorischer Ebene möglich, entsprechende Lösungen zu finden. Eine Möglichkeit sei die Konzentration des Unterrichts auf weniger Schultage. - Herr Leppin pflichtet ihm bei. Es sei grundsätzlich das Bestreben der Berufsschulen im Land, den Schülerinnen und Schülern attraktive Rahmenbedingungen zu bieten. Auch sei das Ansinnen der Petentin, grundsätzlich vor Ort beschult zu werden, richtig, könne jedoch im vorliegenden Fall aufgrund der geringen Zahl der Schülerinnen und Schüler nicht durchweg umgesetzt werden. In der Tat bestehe die Möglichkeit der wochenweisen Beschulung im Blockunterricht. Hier sei jedoch die Arbeitgeberschaft seiner Auffassung nach gespalten,

er erwarte hier jedoch ein klares Bekenntnis einer großen Mehrheit der Arbeitgeber, um die bisherige Struktur hin zum Blockunterricht zu verändern. - Abg. Heinemann regt man, die bisherige Struktur wie den Blockunterricht mit Internatsunterbringung parallel anzubieten. - Herr Leppin meint, dies sei in der Organisation des Schulablaufes sehr schwierig. Er weise zudem auf die Kosten für die Internatsunterbringung hin, die den Schülerinnen und Schülern dann entstünden. - Frau Kornmilch stimmt ihm hier zu. Es sei fraglich, ob es dann am Ende unter dem Strich zu einer Ersparnis für die Schülerinnen und Schüler komme. Auch anderen organisatorischen Änderungen wie einem späteren Schulbeginn stehe sie kritisch gegenüber, da dies nichts an der grundsätzlichen zeitlichen Belastung und an den bestehenden Fahrtkosten ändere.

Abg. Knöfler fragt, welche Investitionen in Pinneberg erforderlich wären, wenn dort auch der Unterricht im zweiten und im dritten Lehrjahr angeboten werden sollte. - Herr Kraft antwortet, genaue Kosten seien ihm hierfür nicht bekannt, seines Wissens nach bestehe jedoch eine grundsätzliche Bereitschaft beim Kreis Pinneberg, Investitionen zu tätigen. Unabhängig davon sei es jedoch wichtig zu prüfen, ob eine lokale Investition auch im Interesse des Landes insgesamt sei. - Herr Leppin berichtet, die erwähnten 4,6 Millionen Euro Investitionsumfang an seiner Schule betreffen nicht nur die Ausbildung zur tiermedizinischen Fachangestellten, sondern auch zu anderen Ausbildungsberufen, sodass er sich schwer tue, hier eine genaue Zahl zu nennen. Klar sei, dass erhebliche Investitionen in Pinneberg erforderlich wären. - Frau Kornmilch berichtet, in Gesprächen mit dem Schulträger sei ihr zugesichert worden, dass in Pinneberg entsprechende Investitionen, insbesondere in ein Röntgengerät mit der erforderlichen Zertifizierung, vorgenommen werden könnten.

Abschließend weist Herr Kraft auf die Möglichkeit hin, die Anzahl der Fahrten nach Neumünster durch digitalen Unterricht zu reduzieren. Die Elly-Heuss-Knapp-Schule sei hier bereits sehr gut aufgestellt.

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Ünsal, dankt der Petentin für ihren Einsatz und schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Ünsal
Abg. Ünsal
Stellv. Vorsitzende

gez. Dr. Galka
Dr. Galka
Protokollführer